



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen von  
„medico international“  
(Informationsbüro Nicaragua e. V.)**

## **Fragen 1 und 2:**

**Wie steht Ihre Partei zur Rücknahme der Beimischungsquote durch die Umweltkommission? Was bedeutet das für die Umsetzung der Vorgaben in Deutschland hinsichtlich des Biokraftstoffquotengesetzes (BioKraftQuG) und des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)? Was wird Ihre Partei tun, um die Ausbreitung des gesundheitsschädlichen und nicht nachhaltigen Monokulturanbaus in den Ländern des Südens einzuschränken?**

**Wie steht Ihre Partei zu Handelsliberalisierungen und den zu erwartenden Auswirkungen auf besonders verletzte Gruppen und Organisationen? Was wird Ihre Partei unternehmen, um nachteilige soziale, ökologische und gesundheitliche Folgen von Handelsliberalisierungen für die Menschen in den Ländern des Globalen Südens abzuwenden?**

## **Antwort**

Aus dem von der unionsgeführten Bundesregierung vorgelegten Bericht zur Steuerbegünstigung für Biokraftstoffe 2012 ergibt sich, dass es durch die gestiegene Nutzung von Bioenergie zur Abholzung von Wäldern und der Aufzucht von Monokulturen kommen kann. Eine Neubewertung ist daher zu prüfen, denn die Sicherstellung einer nachhaltigen Herstellung von Biomasse ist für die Bundesregierung ein wichtiges Ziel.

Die Rahmenbedingungen zu Biokraftstoffen werden allerdings maßgeblich von der europäischen Gesetzgebung bestimmt. Eine Reihe wichtiger Richtlinien befindet sich derzeit in Verhandlung (Richtlinienänderung zu Biokraftstoffen und indirekten Landnutzungsänderung) bzw. Vorschläge der Kommission zu zentralen Aspekten werden in Kürze erwartet (Durchführungsmaßnahmen zur Kraftstoffqualitätsrichtlinie). Zum heutigen Zeitpunkt können wir daher nur die grundsätzliche Linie, die CDU und CSU angesichts dieser europäischen Rechtsetzungsprozesse vertreten, skizzieren.

Nach Schätzungen der Europäischen Kommission auf der Grundlage mehrerer Studien können Treibhausgasemissionen, die aufgrund dieser Verdrängungseffekte entstehen, die Klimabilanz von Biokraftstoffen erheblich verschlechtern. Die von CDU und CSU geführte Bundesregierung setzt sich daher im Rahmen der Verhandlungen zum o .g. Richtlinienvor-

schlag in Brüssel für eine wirksame Regelung zu indirekten Landnutzungsänderungen ein. Dabei wird ein Ansatz verfolgt, der ohne ILUC-Faktoren auskommt.

CDU und CSU werden perspektivisch und mit Blick auf die Ziele des Energiekonzeptes eine Fortführung der Quotenregelung im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) überprüfen. Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung wird der derzeit noch in Verhandlung befindliche Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zu Biokraftstoffen und indirekten Landnutzungsänderungen eine wesentliche Rolle spielen. Mit Blick auf die Netto-THG-Quote ab dem Jahr 2015 wird ferner eine Konkretisierung der Regelungen im Rahmen von Durchführungsbestimmungen erwartet. Die Kommission hat angekündigt, dass sie dem Rat in Kürze einen Vorschlag zuleiten will.

### **Frage 3:**

**Welche Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei für die Verkehrspolitik und für die Reduktion des immensen CO<sup>2</sup>-Ausstoßes im Verkehr? Welche Rolle soll nach Auffassung Ihrer Partei diesbezüglich dem Anbau von Energiepflanzen, insbesondere aus den Ländern des Globalen Südens, zufallen?**

### **Antwort**

CDU und CSU stehen für einen integrierten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt. Der Ausbau alternativer Antriebskonzepte bietet große Chancen für den Standort Deutschland – auch weil er ihn unabhängiger von kohlenstoffbasierten Treibstoffen macht und bei Nutzung erneuerbarer Energien einen Beitrag leistet, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Wir wollen Deutschland zu einem Leitmarkt und Leitanbieter für umweltfreundliche Antriebstechnologien machen. Bis zum Jahr 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen unterwegs sein. Dafür wollen wir bei uns alle Glieder der Wertschöpfungskette vom Rohstoff über die Batterieherstellung bis zum Fahrzeug entwickeln und produzieren.

CDU und CSU setzen auf Technologieoffenheit bei der Weiterentwicklung der Antriebstechnologien. Denn auch andere Technologien wie beispielsweise Wasserstoff-, Erdgas- oder Hybridfahrzeuge können in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Wir setzen auf die

lange und beeindruckende Erfahrung unserer Autobauer, dass sie diesen Technologien zum Durchbruch verhelfen. Wir wollen die Entwicklung begleiten, in dem wir u. a. Pilotprojekte für Ladestationen auf den Weg bringen oder steuerliche und finanzielle Anreize setzen.

Der Schienenverkehr ist ein wesentliches Rückgrat unseres Verkehrssystems. CDU und CSU wollen ihn stärken und ausbauen und so seine Attraktivität steigern. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Deutsche Bahn AG zur Erhaltung der bestehenden Schienenwege des Bundes werden wir weiter entwickeln. CDU und CSU wollen die Eisenbahninfrastruktur in der Hand des Bundes belassen.

Ebenso ist ein gut funktionierender öffentlicher Personennahverkehr für die Menschen im Alltag von enormer Bedeutung – in den Großstädten wie auf dem Land. CDU und CSU werden dafür sorgen, dass der Bund ein verlässlicher Partner der Kommunen bei der Finanzierung des kommunalen Verkehrs bleibt.

#### **Frage 4:**

**Wie steht Ihre Partei zur Einrichtung eines solchen Kompensationsfonds?**

#### **Antwort**

Im Regierungsprogramm 2013 - 2017 „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“ halten CDU und CSU fest: *„Wir fördern nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern und unterstützen zugleich Deutschlands außenwirtschaftliche Interessen. Hierzu gehört eine Rohstoffpolitik, die beiden Seiten dient – durch faire Verträge, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards und die gerechte Verteilung der Einnahmen.“*

Die von CDU und CSU geführte Bundesregierung hat bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, Unternehmen aufzufordern und zu unterstützen, Menschenrechte auch im Ausland zu respektieren und ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen (insbesondere Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – OECD –, Aktionsplan CSR). Die Bundesregierung steht mit den Unternehmen im Dialog über die Umsetzung von menschenrechtlicher Verantwortung. Sie unterstützt zudem Unternehmen bei der Umsetzung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und der Einführung der Menschen-

rechtsprinzipien. Hierzu gehört auch die Beachtung entsprechender Umwelt- und Sozialstandards. Darüber hinaus gehende rechtlich verbindliche Regelungen lehnen CDU und CSU als extraterritoriale Maßnahmen ab.

Die völkerrechtliche Verpflichtung zum Schutz und zur Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen liegt in erster Linie bei dem Staat, auf dessen Hoheitsgebiet das jeweilige Unternehmen tätig ist.

Verantwortlich für eine Entschädigung möglicherweise Geschädigter beziehungsweise von deren Hinterbliebenen ist daher auch nicht die Bundesrepublik Deutschland oder die Europäische Union, sondern vielmehr die Nicaragua Sugar Estates Limited (NSEL) oder andere, gegebenenfalls auch europäische Unternehmen, die in Nicaragua tätig sind. Die Einforderung entsprechender Entschädigungen muss aber in Nicaragua und über die dortige Gerichtsbarkeit erfolgen.

Studien haben allerdings die Vermutung entkräftet, dass das hohe Vorkommen von Erkrankten auf den fahrlässigen Umgang mit Agrochemikalien zurückzuführen sei. Um Betroffenen, die unter Niereninsuffizienz leiden, dennoch Hilfe zu leisten, sind zwei Maßnahmen vorgesehen, die zu gleichen Teilen durch NSEL und aus DEG-eigenen Mitteln für Begleitmaßnahmen finanziert werden:

1. Ausweitung eines lokalen Gesundheitszentrums, gepaart mit Gesundheits- und Familienberatung. Ein Krankenhaus wurde inzwischen errichtet. Das nicaraguanische Gesundheitsministerium (MINSa) nimmt eigene Mittel in erheblichem Umfang in die Hand, um die Gesundheitsversorgung in der Region zu verbessern. NSEL wird medizinische Ausrüstung stiften.

2. Weiterentwicklung eines bestehenden Mikrofinanzfonds zur Förderung und Finanzierung von Kleinstunternehmen mit folgenden Komponenten:

- Verbesserung der individuellen Betreuung und Gruppenberatung von 200 Kleinunternehmen.
- Aufbau eines neuen Programms (Mikroleasing) zur Gründung von 50 kleinen Unternehmen. Der Kreditvergabeprozess beim bestehenden Mikrofinanzfonds wurde professionalisiert und damit auch auf wirtschaftlich tragfähigere Füße gestellt.